

„Wir werden uns noch wundern, was alles möglich ist“

Wie die österreichischen Turbulenzen in Stanford interpretiert und kommentiert werden. Eine Nahbeobachtung von unserem Autor, dem Wirtschaftsanwalt ROBIN LUMSDEN

IN DEN VERGANGENEN WOCHEN erinnerte ich mich immer wieder an ein drohend interpretiertes Zitat aus dem Präsidentschaftswahlkampf 2016: „Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist“. Als Auslandsösterreicher nehme ich hier im Silicon Valley nach dem „Ibizaskandal“ der FPÖ oder „Ibizagate“ (wie der Skandal künftig vielleicht gerade in der amerikanischen Spezialliteratur genannt werden könnte) leider einen beträchtlichen Imageverlust der Republik war.

Als Wirtschaftsanwalt in den USA und Österreich kooperiere ich eng mit den hiesigen behördlichen Initiativen und mit den zuständigen heimischen Institutionen, der Wirtschaftskammer und dem Außenministerium. Ich berate also nicht nur österreichische und deutsche Unternehmen bei ihrem Sprung in die USA, sondern auch amerikanischen Unternehmen bei deren Investments in Österreich. Für beide Richtungen spielt der Ruf Österreichs sowie die politische Stabilität, die wir grundsätzlich als reiches Land mit perfekter geographischer Lage haben, eine wichtige Rolle.

So bemühe ich mich, zum Beispiel die Chancen Österreichs für den Zuschlag zu einer Tesla Megafertigungsfabrik zu erhöhen, wofür sich bereits Standorte aus mehreren Bundesländern beworben haben.

Einige meiner Studienkollegen sind seit ihren MBA-Abschluss zu Tesla gegangen und nehmen dort



ROBIN LUMSDEN, 42, ist Rechtsanwalt in Wien und auch in New York und Washington zugelassen. Er ist Co-Founder eines Stanford-Fonds, Generalkonsul von Jamaika und Absolvent von Stanford und Berkeley.

wichtige Rollen ein, ein Kollege ist sogar Chief Technology Officer geworden und ein weiterer für die internationale Entwicklung der Marke zuständig. Wer das Valley kennt und weiß, wie beliebt Tesla als Arbeitgeber ist, der kann sich vorstellen, wie schwer es ist, bei diesem Konzern Jobs in solchen Top-Positionen zu bekommen.

Mit „Ibizagate“ sind meine Hinweise auf die Vorteile Österreichs mit einem Schlag dramatisch zurückgeworfen worden. Hinter vorgehaltener Hand sagt man mir, dass dieser Skandal, der auch hier in den USA auf den Titelseiten war, (wenn auch nicht als Aufmacher) uns eher in den Kreis von korruptionsgeplagten Ländern in Osteuropa einreicht, auch wenn man zuvor den jugendlichen Kanzler nicht nur wegen seiner kürzlichen Visite in Washington als positives Signal wahrgenommen hatte.

Ähnlich muss es vielen Auslandsösterreichern während der Waldheim-Jahre gegangen sein. Ich rechtfertige mein Heimatland jetzt mit funktionierenden „Reinigungsmechanismen“, der – im Vergleich zu Deutschland allerdings stark unterentwickelten – Rücktrittskultur und einer einzigartig krisenfesten Verfassung: dieser Skandal möge doch auch als „Stresstest“, den Österreich bestanden hat, empfunden werden.

Diese Argumente werden bestenfalls freundlich angehört, bleiben aber doch meistens nur bemühte Versuche: in einer umkämpften Wirtschaftswelt, in der im Vergleich zur Politik die Prosa nicht wirklich hilft, sind die wirklichen Entscheidungsträger im Vergleich zu den durchschnittlichen Wählern – die in den USA speziell international eher unterinformiert sind – bestens im Bilde. So ähnlich wie Mandanten von mir bei der Wahl Trumps die Expansion in die USA verschoben haben, so verschieben jetzt einige meiner Silicon Valley Mandanten ihre Pläne für den deutschsprachigen Raum – selbst Deutschland bekommt eine Spur von Ibizagate mit ab.

EIN FREUND VON MIR, der Wirtschaftsprofessor Greg La Blanc, vergibt aktuell eine PhD Doktorarbeit (Philosophical Doctorate), welche den effektiven wirtschaftlichen Schaden für Österreich ermitteln will. Auch wenn diese Arbeit auf Stanford & Berkeley Niveau liegt, wird man darauf vermutlich in Österreich keinen großen Wert legen. Immer wieder beobachte ich aus der Ferne einen Hauch von Arroganz, die „wir“ gerne an den Tag legen, oft auch eine gewisse Ignoranz gegenüber wissenschaftlichen Studien und Statistiken.

Der wirtschaftliche Schaden für Österreich basiert auf einer politischen Verunsicherung. Als Donald Trump 2017 zum US-Präsidenten gewählt wurde, gab es in Europa einen großen Aufschrei, viele wa-



**LUMSDEN MIT
US-GENERAL KARL
EIKENBERRY:**
Österreichs durchlässige Geheimdienst als Thema in Stanford.

ren schockiert und sind es noch heute. Ich schloss und schließe mich gerne all jenen Schockierten an, aber jetzt haben wir in unserer schönen Heimat einen Skandal in bisher kaum gekannter Dimension.

Meine Professorin hier in Stanford, die ehemaligen Außenpolitikerin Condoleezza Rice, die mich als sehr konsequenten Kritiker Trumps (wahrlich nicht zwingend der USA) kennt, hat im Moment jedenfalls gute Argumente, meine Heimat zu kritisieren: wie könne es möglich sein, dass ein hochrangiges Regierungsmitglied kurz vor seinem Amtsantritt zumindest verbal anbot, Verträge nach Russland für Wahlunterstützung zu verkaufen und dabei auf Video aufgenommen wurde. Wenn diese Person eine Woche nach seinem Rücktritt auch noch durch Vorzugstimmen in das EU-Parlament gewählt wird, ist man einfach nur noch sprachlos. Ich muss auch sonst immer wieder erklären, dass Österreich nicht als Außenposten Russlands in der EU agiert und unsere Medienszene sich doch sehr von jener in Ungarn unterscheidet.

Noch ein Beispiel: US-Army-General Karl Eikenberry, unter Barack Obama US-Botschafter in Afghanistan, der mich hier in Stanford in Strategie & Defense unterrichtet und mich wöchentlich mit Krisenszenarien „testet“, sprach mich vor kurzem auf die Weigerung der deutschen Geheimdienste an, Informationen mit Österreich zu teilen: ob er denn meine Sicherheitsfreigabe für diese Stanford Klasse, wo sehr viel „off record“ unterrichtet wird, prüfen sollte. Ein vermeintlicher Scherz, aber einer mit ernstem Hintergrund.

Wir haben mit unserer Geschichte eine besondere Position im Gedächtnis der Welt. Viele Jahre haben wir es geschafft, diversen Vorurteilen glaubwürdig entgegenzutreten, in letzter Zeit scheint uns unsere Geschichte – natürlich mit anderen Vorzeichen – wieder einzuholen. Hoffentlich müssen wir uns nicht wirklich wundern, was in diesem Zusammenhang noch möglich sein wird und schaffen es gemeinsam wieder zu einem stabilen und verlässlichen Partner für den Rest der Welt zu werden. ■

„Ich muss immer wieder erklären, dass Österreich in der EU nicht als Außenposten Russlands agiert.“